

Aktenfreigabe im Fall Becker gefordert

Berlin/Karlsruhe. Im Fall Verena Becker sorgen die angeblichen Kontakte des früheren RAF-Mitglieds zum Verfassungsschutz für politischen Zündstoff. Becker, die am Donnerstag wegen Verdachts der Beteiligung am Attentat auf Generalbundesanwalt Buback im Jahr 1977 verhaftet worden war, soll schon fünf Jahre vor der Tat Kontakt zum Bundesamt für Verfassungsschutz gehabt haben. Dies berichtete die Bild-Zeitung (Montagausgabe) unter Berufung auf Akten der DDR-Staatssicherheit über Becker. Der SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz (Foto) appellierte an Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU), sich für die Freigabe von bislang gesperrten Verfassungsschutzakten zum Mordfall Buback einzusetzen. Auf die Frage, ob Becker durch den Verfassungsschutz geschützt werde, entgegnete der SPD-Politiker: »Für mich ist das undenkbar in Deutschland. Aber auch das Udenkbare kommt vor.«

(ddp/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/130715.aktensfreigabe-im-fall-becker-gefordert.html>